



Übungen ZVR HS 2011

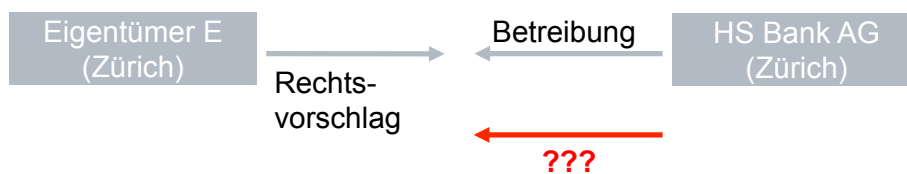
Fall 10 –

Klagen betreffend die betriebene Forderung und Rechtsöffnung

RA lic. iur. Philipp Weber

Seite 1

Übersicht Sachverhalt (Teil a)



Forderungen aus Kreditvertrag:

- schriftlicher Kredit-Rahmenvertrag maximal CHF 200'000.–
- Beanspruchung Kredit effektiv CHF 100'000.–

Variante:

- kein Rechtsvorschlag von E
- gem. Unterlagen Beanspruchung Kredit nur CHF 50'000.–

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)

Provisorischer Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 I

Schuldanererkennung i.S.v. SchKG 82 I:

- schriftliche Willenserklärung des Schuldners/Betriebenen
- **bestimmter oder leicht bestimmbarer Geldbetrag**
- bedingungs- und vorbehaltlose Verpflichtung
(- privatrechtliche Forderung)
(- keine Nichtigkeit)

Öffentliche Urkunde oder eigenhändige Unterschrift des Schuldners/ Betriebenen

Fälligkeit der Forderung

Identität Schuldner/Betriebener, Gläubiger/Betreibender, Forderung/
Schuldanererkennung

Keine Einwendungen des Schuldners i.S.v. SchKG 82 II:

sofort glaubhaft zu machen, aber: sog. Basler Rechtsöffnungspraxis

Beispiele:

(abstrakte) Schuldbekennnisse i.S.v. OR 17

Zweiseitige Verträge (Kauf, Miete/Pacht, Darlehen/Kredit, Auftrag etc.)

Betreibungsrechtliche Ausfallbescheinigungen: Pfändungsverlustschein,
Pfandausfallschein, Konkursverlustschein (wenn Forderung anerkannt)

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)



„Unter provisorischer Rechtsöffnung versteht man den gerichtlichen Entscheid, der aufgrund einer schriftlichen Schuldanererkennung die Wirkung des Rechtsvorschlages bloss bedingt aufhebt, indem er noch die Nachprüfung des materiellen Bestandes der Forderung durch den ordentlichen Richter vorbehält.“ (BGer 5P.196/2005)

Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 I

Zwingender Gerichtsstand am Betreibungsort (SchKG 84 I)

(gem. BGer auch im internationalen Verhältnis, BGE 136 III 566)

Summarisches Verfahren (ZPO 251 lit. a); Urkundenbeweis

Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich

Beschränkte Untersuchungsmaxime

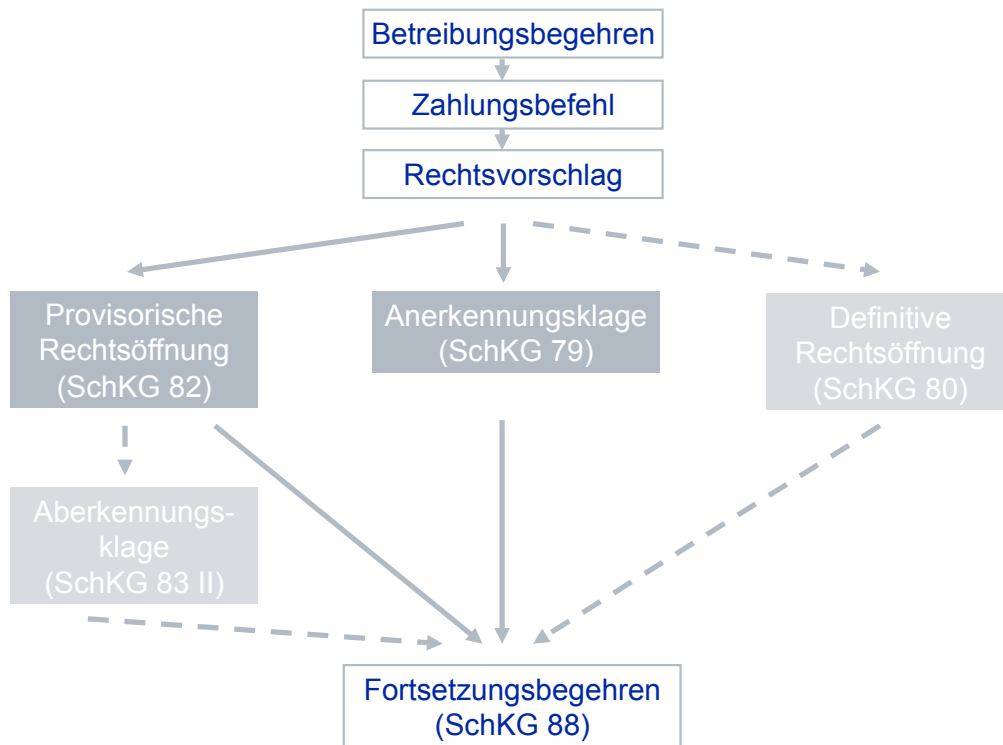
Rechtsmittel

Beschwerde (ZPO 319 ff. i.V.m. 309);

Beschwerde in Zivilsachen/subsidiäre Verfassungsbeschwerde an BGer

betreibungsrechtliche Klage mit rein betreibungsrechtlicher Wirkung

Beseitigung Rechtsvorschlag



Anerkennungsklage (SchKG 79)



Leistungsklage

Ordentlicher Gerichtsstand

Verfahren: gem. allgemeiner Ordnung (ordentlich/vereinfacht)

aber: Möglichkeit der Anerkennungsklage in der Form des Rechtsschutzes in klaren Fällen gemäss Art. 257 ZPO = summarisches Verfahren

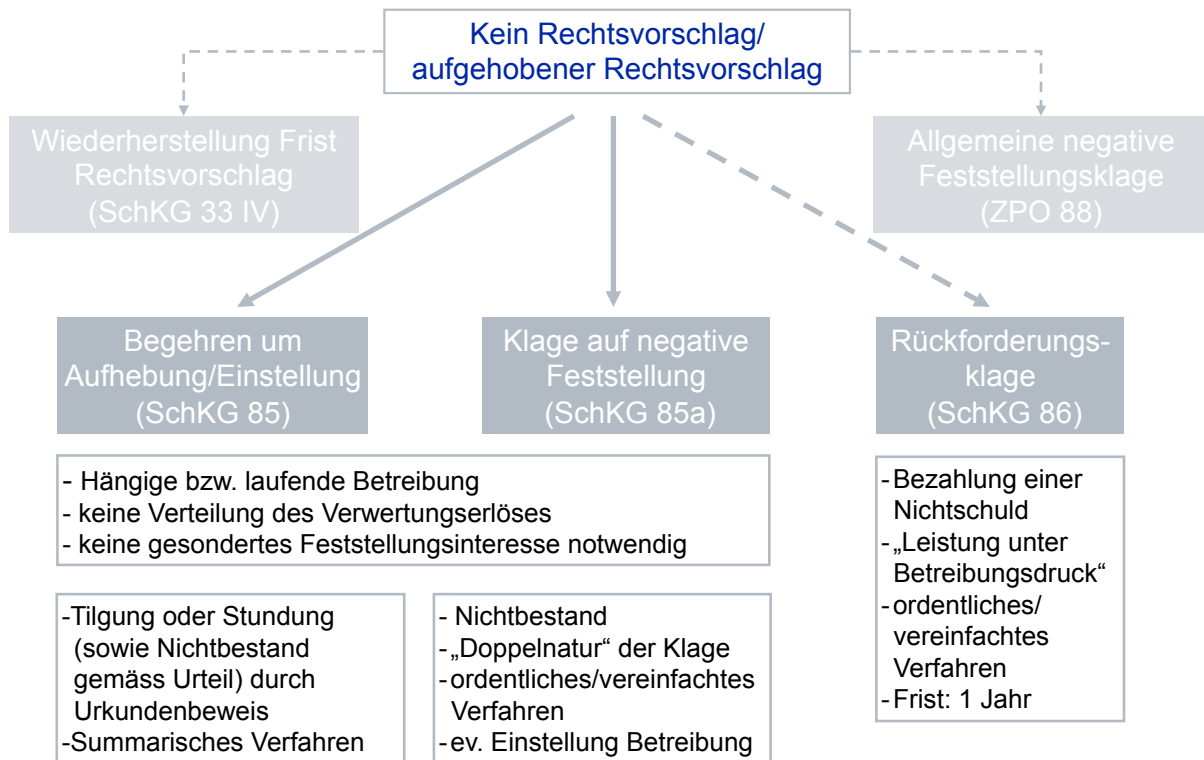
Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich (nach Ablauf „normale“ ordentliche Klage) sowie allgemeine Verjährungsfristen

materiellrechtliche Klage (auch wenn in Form des Rechtsschutzes in klaren Fällen),

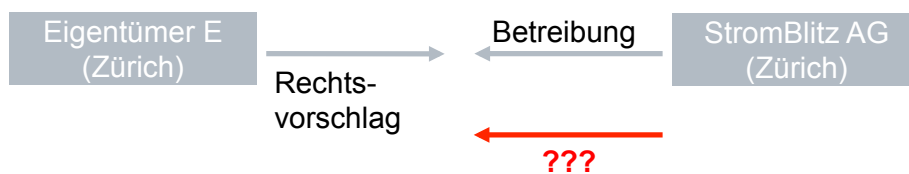
aber: Besonderheit der gleichzeitigen Beseitigung des Rechtsvorschlages

Rechtsmittel: gem. allgemeiner Rechtsmittelordnung

Rechtsschutzmöglichkeiten des Schuldners



Übersicht Sachverhalt (Teil b)



Forderungen aus schriftlichem Installationsvertrag:

- Rechnung CHF 11'000.-

Einwände E:

- Nicht ordnungsgemässe Ausführung der Arbeiten
- Rüge bei Schlussabnahme gegenüber Geschäftsführer Stromblitz AG

Standpunkt StromBlitz AG:

- Gutachten ewzert AG

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)

Sog. Basler Rechtsöffnungspraxis

Vollkommen zweiseitige Verträge als provisorische Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 II

Provisorische Rechtsöffnung, wenn:

- Vorleistungspflicht des Schuldners; oder
- keine **Behauptung** der Einrede der Nichterfüllung bzw. der nicht gehörigen Erfüllung der Gegenleistung

= **Einrede der Nichterfüllung bzw. nicht gehörigen Erfüllung muss lediglich behauptet werden (nicht Glaubhaftmachung)**

(Herstellung prozessualen Gleichgewichts; aber: Erfüllung allfälliger Rügeobliegenheit ist glaubhaft zu machen)

aber: dennoch provisorische Rechtsöffnung, wenn:

- Behauptung offensichtlich haltlos; oder
- Behauptung wird vom Gläubiger sofort mittels Urkunden liquide widerlegt.

(Nur bei vollkommen zweiseitigen Verträgen, nur bei provisorischer Rechtsöffnung und nur bei Einrede der Nichterfüllung bzw. [ev. strittig] nicht gehörigen Erfüllung)

Aberkennungsklage (SchKG 83 II)



Negative Feststellungsklage

kein besonderes Feststellungsinteresse notwendig

Ausschliesslicher nicht zwingender Gerichtsstand am Betreibungsort
(SchKG 83 II)

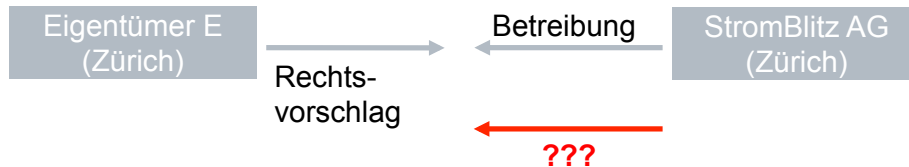
Verfahren: gem. allgemeiner Ordnung (ordentlich/vereinfacht)
kein Schlichtungsverfahren (ZPO 198 lit. e Ziff. 1)

Frist: innert 20 Tagen nach Erteilung der Rechtsöffnung

materiellrechtliche Klage (nicht „Aufhebung der provisorischen Rechtsöffnung“)
aber: bei Gutheissung Einstellung der Betreibung,
bei Abweisung wird provisorische Rechtsöffnung definitiv

Rechtsmittel: gem. allgemeiner Rechtsmittelordnung

Übersicht Sachverhalt (Teil c)



Forderung gemäss vergleichsweiser Einigung vor Schlichtungsbehörde Zürich vom 24. April 2011 für frühere Installationsarbeiten:
Vergleich CHF 25'000.–

Argumente E:

- Reduktion Forderung aufgrund zwischenzeitlicher, nicht ordnungsgemässer Arbeiten auf CHF 22'000.–
- Bezahlung CHF 12'000.– mittels Post-Einzahlung
- Schlichtungsbeamter: Nachbar des Eigentümers und Alleinaktionärs der StromBlitz AG

Übungen ZVR HS 2010 Philipp Weber

Seite 11

Definitive Rechtsöffnung (SchKG 80)

Definitiver Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 80

Vollstreckbarer gerichtlicher Entscheid i.S.v. SchKG 80 I:

- Entscheide schweizerischer Gerichte
- Entscheide ausländischer Gerichte, soweit vollstreckbar
- Entscheide von Schiedsgerichten, soweit vollstreckbar

Gerichtlichen Entscheiden gleichgestellte Urkunden i.S.v. SchKG 80 II:

- sog. Entscheidsurrogate: gerichtliche Vergleiche, Schuldanererkennungen etc.
- vollstreckbare öffentliche Urkunde
- Verfügungen schweizerischer Verwaltungsbehörden

Einwendungen des Schuldners i.S.v. SchKG 81:

- Tilgung; Zahlung, Verrechnung, Erlass etc.; oder
- Stundung; oder
- Verjährung; oder
- Besondere Einwendungen gegen vollstreckbare öffentliche Urkunde und ausländische Entscheidungen

= Einwendungen müssen durch Urkunden bewiesen werden, nicht nur glaubhaft gemacht werden.

Übungen ZVR HS 2010 Philipp Weber

Seite 12

Definitive Rechtsöffnung (SchKG 80)



„Unter definitiver Rechtsöffnung ist der richterliche Entscheid zu verstehen, der aufgrund eines vollstreckbaren Entscheids oder eines gleichwertigen anderen vollstreckbaren Titels [...] die Wirkung des Rechtsvorschlages gegen den Zahlungsbefehl endgültig beseitigt.“ (Amonn/Walther, § 19 Rz 31)

Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 80 I

Zwingender Gerichtsstand am Betreibungsort (SchKG 84 I)

Summarisches Verfahren (ZPO 251 lit. a); Urkundenbeweis

Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich

Beschränkte Untersuchungsmaxime

Rechtsmittel

Beschwerde (ZPO 319 ff. i.V.m. 309);

Beschwerde in Zivilsachen/subsidiäre Verfassungsbeschwerde an BGer

betreibungsrechtliche Klage mit rein betreibungsrechtlicher Wirkung